

31. Juli 2025

"Nicht nachvollziehbar und schädlich für die deutsche Wirtschaft": BARIG reagiert mit großem Unverständnis auf den Kabinettsbeschluss, die Luftverkehrssteuer doch nicht zu senken

Nach dem Kabinettsbeschluss über den Bundeshaushalt 2026 reagieren der internationale Airline-Verband BARIG (Board of Airline Representatives in Germany) sowie weitere Verbände und Fluggesellschaften mit großem Unverständnis: Entgegen der ursprünglichen Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wird es vorerst doch nicht zu der für Wirtschaft und Luftverkehr dringend benötigten Absenkung der Luftverkehrssteuer in Deutschland kommen.

Dazu erklärt Michael Hoppe, BARIG Chairman und Executive Director:

"Für uns ist die Entscheidung zur Luftverkehrssteuer nicht nachvollziehbar, zumal sie die Branche im internationalen Wettbewerb einseitig belastet und damit weiterhin schädlich für die deutsche Wirtschaft ist. Der Luftverkehr ist in Deutschland – gerade auch im europäischen Vergleich – viel zu teuer, die Luftverkehrssteuer und weitere überhöhte Standortkosten tragen maßgeblich dazu bei.

Reisen wird immer teurer und Kapazitäten für die Luftfracht leiden

Die Folgen sind bereits heute massiv spürbar. Noch immer dümpelt der Luftverkehr weit unter dem Niveau von 2019, während er in den meisten anderen europäischen Ländern boomt und der Wirtschaft sowie dem allgemeinen Aufschwung dort wichtige Impulse verleiht. Davon ist Deutschland mit der aktuellen Kabinettsentscheidung jetzt weiter entfernt denn je. Die hohen Standortkosten führen dazu, dass die internationale Konnektivität weiter unter Druck gerät. Das hat massive Auswirkungen: Geschäftliches und privates Reisen wird immer teurer und auch Kapazitäten für die Luftfracht leiden mit jedem weniger angebotenen Passagierflug. Der Austausch mit Geschäftspartnern wird für Unternehmen deutlich aufwendiger. Teile des Warenverkehrs müssen zwangsweise über ausländische Flughäfen umgeleitet und dabei umständlich per Lkw auf der Straße wieder nach Deutschland gebracht werden.

Wirtschaft und Wachstum brauchen Anreize statt seit Jahren steigende Standortkosten

Das Bundesfinanzministerium bezeichnet den eigenen Haushaltsentwurf 2026 als einen "Meilenstein, um im Rekordtempo für mehr Wachstum und Gerechtigkeit in unserem Land zu sorgen". Dieses Tempo wird aber kaum möglich sein, wenn durch diesen Kabinettsbeschluss nun gleichzeitig eine Vollbremsung hingelegt und die extrem hohe Luftverkehrssteuer beibehalten wird. Wirtschaft und Wachstum brauchen Anreize statt seit Jahren steigende Standortkosten. Diese wichtigen Voraussetzungen zu wirtschaftlichen Zusammenhängen sollten in der Politik viel stärker berücksichtigt werden, um eine engagierte, zukunftsgewandte Wachstumspolitik zu gewährleisten. Die Politik verpasst hier eine große Chance für Deutschland. BARIG setzt sich mit Nachdruck

dafür ein, dass dies im Interesse von Unternehmen, Arbeitnehmern, Wohlstand, Mobilität, Nachhaltigkeit und im Sinne der gesamten Gesellschaft korrigiert wird."

Board of Airline Representatives in Germany e.V.

Frankfurt Airport Center 1 (HBK 27), Hugo-Eckener-Ring, 60549 Frankfurt am Main, Deutschland bariq@bariq.aero, www.bariq.aero, <a href="mainto:www.bariq

BARIG (Board of Airline Representatives in Germany e.V.) vertritt die gemeinsamen Interessen von mehr als 100 nationalen und internationalen Fluggesellschaften aus den Bereichen Passage, Touristik, Low Cost und Luftfracht. Seit seiner Gründung 1951 arbeitet der Airline-Verband für die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Luftverkehrs in Deutschland und ist Ansprechpartner für Politik, Behörden, Wirtschaft und Medien.

Pressekontakt BARIG:

Claasen Communication GmbH, Breslauer Straße 10, 64342 Seeheim-Jugenheim, Deutschland Telefon +49 (0)6257 / 68781, bariq@claasen.de, www.claasen.de